

Verzetnitsch: "Sicherheit im Wandel der Zeit - Chancen nutzen"

Utl.: Vollbeschäftigung und sozialer Schutz für neue Beschäftigungsverhältnisse stehen im Mittelpunkt=

Wien (ÖGB). "Der ÖGB fordert von der neuen Regierung, den Parteien und den Arbeitgebern das Bekenntnis zur Vollbeschäftigung ein", erklärt ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch zum Jahreswechsel. "Uns Gewerkschaftern geht es um den Erhalt und die Qualität der Arbeitsplätze sowie um soziale Sicherheit. Das Jobwachstum darf nicht nur mittels atypischen und Teilzeitbeschäftigungen zur Stande kommen denn mit dem Einkommen muß man auch auskommen können", erklärt Verzetnitsch. ++++

Der ÖGB lehne die neuen Arbeitsformen nicht ab, besteht jedoch darauf, sozial und einkommensgerechte Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Verzetnitsch: "Sicherheit im Wandel zu bieten ist die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre."

Arbeitssuchende wollen in der Regel eine Vollzeitarbeit, von der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können", betont der ÖGB-Präsident. Wenn es gelingt, die Arbeitslosigkeit um einen Prozentpunkt zu senken, würde sich die öffentliche Hand 11,5 Milliarden Schilling ersparen. Und wenn ältere ArbeitnehmerInnen nicht ständig entlassen und in Frühpension geschickt würden, dann könnte das österreichische Pensionssystem spürbar entlastet werden. Verzetnitsch: "Genügend Vollzeitarbeitsplätze sind die beste Vorsorge für ein stabiles Sozialsystem und Budget", so Verzetnitsch.

Der ÖGB-Präsident fordert daher die künftige Bundesregierung und die politischen Parteien auf, im Jahr 2000 weitere Rahmenbedingungen zur Sicherung der Vollbeschäftigung und des Wirtschaftsstandorts Österreich zu setzen. Dazu sind für den ÖGB folgende Initiativen notwendig:

Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich

Die Wirtschaftsdaten stellen Österreich ein gutes Zeugnis aus. Nun geht es darum, den Standort weiterhin attraktiv zu erhalten. "Der wichtigste Grundstein dafür ist die Qualifikation der ArbeitnehmerInnen", so Verzetnitsch Das Recht und die Möglichkeiten

auf Aus- und Weiterbildung muss daher weiter ausgebaut werden.

Notwendig sei vor allem, dass die Unternehmer endlich klar definieren, welche Qualifikationen sie in den kommenden Jahren brauchen. "Umstrukturierungen können eine Chance auf Weiterbildung und Neuqualifikation sein", so Verzetnitsch. "Anstatt die Menschen in die Arbeitslosigkeit zu drängen, müssen wir eine Brücke zwischen dem heutigen Wissen und den künftigen Anforderungen am Arbeitsmarkt schlagen. Das muss ein vorrangiges Ziel der Sozialpartnerschaft sein."

Ausbau der Infrastruktur

Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, braucht man modernste Infrastruktur. Gerade im Hinblick auf das Zusammenwachsen der EU-Länder und der geplanten EU-Erweiterung herrscht hier in Österreich Handlungsbedarf. Zur Finanzierung fordert der ÖGB-Präsident die Einführung des LKW-Roadpricing, das schon von der letzten Regierung beschlossen wurde. Das Finanzministerium würde mit dieser Maßnahme jährlich 4,5 Milliarden Schilling einnehmen.

Soziale Gerechtigkeit

Immer mehr ÖsterreicherInnen müssen ihren Lebensunterhalt in sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen verdienen. "Wir dürfen Werkvertragsnehmer, geringfügig und atypisch Beschäftigte nicht in ein neues soziales Proletariat abrutschen lassen", verlangt Verzetnitsch.

Aktion Fairness

Es ist nicht einzusehen, dass Österreich als eines der letzten Länder der EU die ArbeiterInnen im Fall von Krankheit und Kündigungsfrist schlechter stellt als Angestellte. "1,2 Millionen ArbeiterInnen warten am Beginn des dritten Jahrtausends auf Gerechtigkeit. Das muss endlich umgesetzt werden", verlangt Verzetnitsch. Außerdem würde die Gleichstellung auch eine von Unternehmern geforderte Verwaltungsvereinfachung mit sich bringen.

Abfertigung bei Selbstkündigung

Die immer wieder gewünschte Flexibilität darf nicht mit dem Verlust der Abfertigung bestraft werden. "Ein modernes Abfertigungsrecht muß

die Ansprüche auch bei Selbstkündigung sichern", so Verzetnitsch.
"Daher lehne ich das schleichende Hinübergleiten in eine
Pensionskasse ab. Denn Abfertigung ist keine Altersprämie, sondern
soll den Übergang zu einem neuen Arbeitsplatz erleichtern. Jeder muss
selber entscheiden können, was er mit seinem Geld macht." (kr)

ÖGB, 30. Dezember 1999

Nr. 617

Rückfragehinweis: Annemarie Kramser

Tel. (01) 534 44/239 Dw.

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0120 1999-12-30/11:40

301140 Dez 99

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19991230_OTS0120